

# Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt  
mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad  
mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41



Nr. 4

Freitag, den 7. Januar 1919.

36 Jahrgang.

## Wochenrundschau.

Die aus der Krisis in neuer einheitlicher Zusammenfassung hervorgegangene Reichsregierung der Mehrheitssozialisten hat durch große Strafenkündigungen in Berlin am Sonntag, den 29. Dezember, ihre Daseinsberechtigung gegenüber den im Kampfe unterlegenen Unabhängigen bezeugen lassen. Die Gelegenheit war günstig. Am Sonntag fand die Beerbidung der in der Matrojenrevolte gebliebenen Personen statt. Der tragische Ausgang des Putzsches war aber von den Unabhängigen den Vertretern der Mehrheitssozialisten zur Last gelegt worden. Sie behaupteten, wenn die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg den Putzsch richtig behandelt hätten, so wäre das Blutvergießen vermieden worden. Und um über das vermeintliche Unrecht das Volkswort zu lassen, sollte der Leichenzug zu einer gewaltigen Massenkundgebung werden. Bei der noch unter dem frischen Eindruck der beauerlichen Ereignisse stehenden Berliner Bevölkerung konnte erwartet werden, daß eine derartige Kundgebung die Beteiligung bis zum letzten Parteimitglied finden werde. Es war auch ein gewaltiger Leichenzug: etwa 20.000 Personen, darunter natürlich, wie bei einem solchen Schauspiel in Berlin es sich von selbst versteht, viele, die die bloße Neugier getrieben hatte. Auf der anderen Seite hatten aber die Mehrheitssozialisten Gegenkundgebungen veranstaltet. Vierhunderttausend Menschen waren im Tiergarten versammelt, um der Regierung Ebert-Scheidemann das Vertrauen zu bestätigen. Und zu gleicher Zeit hatte die Demokratische Partei eine Kundgebung in Szene gesetzt — die erste Strafenkündigung einer bürgerlichen Partei —, die gegen die Unabhängigen und die Spartakusgruppe gerichtet war und an der nach der „D. Morgenpost“ etwa 50.000 Personen sich beteiligten. Zahlenmäßig war also die Kraftprobe durchaus zugunsten des neuen Rates der Volksbeauftragten ausgefallen. Aber der Rat sagte es selbst: Strafenkündigungen allein tun nicht! Die drei neu bestellten Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg und die zwei neugewählten Noske und Wissel — das sechste Mitglied, Löbe-Weidau, hat seine Wahl abgelehnt — erklärten, indem sie sich zum ersten Mal in einer Ansprache „an das Volk“ wandten — übrigens auch eine Folge der endlich bewirkten Einheitslichkeit der Regierung —, vor allem müsse für Ordnung und Einheit gefordert werden. Vermag die Regierung sie zu schaffen und zu erhalten, so wird sie dadurch auch sich selbst erhalten. Zu ihrer eigenen Stärkung und zur beweiskräftigen Darstellung der Einheitslichkeit des Reichs würde es aber gewiß dienen, wenn die nach der Ablehnung Löbes erledigt gebliebene sechste Ratstelle mit einem wirklich Süddeutschen besetzt würde. Inzwischen hat der Zentralrat beschlossen, daß es bei dem Fünfmännerkollegium sein Bewenden haben solle.

Auch die Spartakusleute haben ihren Reichslongier unter der Leitung Liebknechts und Rosa Luxemburg in Berlin abgehalten. Sie wollen Kampf und nicht als Kampf. Zunächst gegen die Regierung der Mehrheitssozialisten, die ihnen besonders verhaßt ist. Dann gegen alles, was der Menschheit an „Kapitalismus“ noch anhaftet. Sie wollen das Privateigentum in jeder Form abgeschafft wissen, alles soll allen gehören. Daher nannten sie ihre neu gebildete Partei „Kommunistische Partei Deutschlands Spartakusbund“. Die Reformen sollten zugleich, wo nötig, im Wege der Gewalt durchgeführt werden. Vergebens wurden die Eiferer zur Besonnenheit gemahnt. Der Sozialist Calwer führte in einem gediegene Auffass aus, wie gefährlich es wäre, jetzt die Betriebe zu „sozialisieren“ d. h. zu enteignen und als Staats Eigentum zu erklären. Die Feinde würden sie dann nämlich sofort, eben weil sie Staats Eigentum sind, beschlagnahmen und zur Bezahlung ihrer Kriegsforderungen verwenden, wie sie das andere Staatsgut, z. B. Kriegsgüter, Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Kriegsschiffe, ja das Gold in den Staatskassen als ihnen verfallen deklarieren. Der Staat, d. h. wir alle hätten dann das Nachsehen. Bei dem Kongress tauchte einmal der Vertreter der russischen Bolschewiki-Regierung, der Radek, aus Moskau auf. Er soll mit Hilfe eines falschen Passes durch die deutsche Vorpostenlinie im Osten hindurchgekommen sein, denn die Reichsregierung hatte jede Berechtigung der Bolschewiki, die schon für den Reichsminister der Arbeiter- und Soldatenräte angesetzt

war, schon mit Rücksicht auf die feindlichen Mächte verboten. Radek wäre besser tot geblieben; er stellte die Waffenhilfe der bolschewistischen Truppen gegen die Engländer und Franzosen in Aussicht, was die Lage der deutschen Regierung dem Verband gegenüber nur erschweren kann. Bolschewistische Truppen aus Rußland am Rhein — lieber nicht!

Gegen die maßlosen Forderungen der radikalen Revolutionäre wandte sich auch der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts, August Müller. Er warnte vor den Hoffnungen, die man auf den Achtstundentag oder gar Sechstundentag setze. Wenn das Ausland diese Reform nicht mitmache, wozu keine Aussicht sei, würden wir wirtschaftlich nicht mehr mitkommen. Noch mehr gelte dies von den übertriebenen Löhnen. Deutschland werde künftig in weitem Maße auf nationale Eigenwirtschaft, in der man noch Möglichkeit selbst erzeugt, was man verbraucht, angewiesen sein, — ein Ziel, das bekanntlich schon vor mehr als 100 Jahren der Philosoph Fichte als Ideal aufgestellt hat und zu dem uns jetzt der Zwang der Verhältnisse führen wird. Da gelte es zu arbeiten und hauszuhalten. Bernünftige Worte, die gegenüber utopischen Redereien des Bolschewismus wohltonen.

In Rußland hat man ja versucht, durch weitestgehende Einschränkung der Arbeitszeit neben höchsten Löhnen das Paradies der Arbeit zu schaffen. Und das Ergebnis? allgemeiner Bankrott, unerhörte Preise und Hunger. Dank der bolschewistischen Betriebsweise bringen z. B. die russischen Eisenbahnen, die unter dem zaristischen Regiment immer noch eine Milliarde Rubel Ueberfluß ergeben hatten, jetzt eine Milliarde Verlust. Die größten Industrieanlagen Rußlands, die Dutilow-Werke, verschlangen in den ersten 11 Monaten 1918 nach dem amtlichen Geschäftsbericht rund 100 Millionen Rubel und haben demgegenüber ein Jahresergebnis von 2 — drei — Lokomotiven aufzuweisen. Wenn wir den Spuren des russischen Bolschewismus folgen wollten, würde es bei uns bald ebenso schlimm stehen. In den großen elektrotechnischen Werken von Siemens und Halske haben vor kurzem Arbeiter und Angestellte Lohnforderungen aufgestellt, die einen jährlichen Mehrerwerb von 124 Millionen Mark ausmachen würden. Die Nationalräte der Werke haben aber im letzten Jahre insgesamt 13 1/2 Millionen Mark an Dividende bezogen; selbst wenn also das Jahr 1919 denselben außerordentlichen Geschäftsgewinn brächte, wie das vorige, so würde bei diesen Löhnen das Unternehmen mit einem Fehlbetrag von 110 1/2 Millionen M. abschließen. Auch das größte Betriebskapital würde auf diese Weise rasch aufgezehrt sein und — dann ständen alle Räder der Welt still. Feinlich liegt die Sache bei Krupp, der in diesem Jahr keine Dividende verteilen kann. — Man sieht, die Warnungen Müllers, wie übrigens auch Scheidemanns und Eberts vor den bolschewistischen Theorien sind nur zu wohl begründet. Sie zeigen, daß der Arbeit die verdiente Entlohnung wird, ist doch die Arbeit bei aller Güter- Erzeugung der wichtigste und edelste Faktor, aber sie ist auch einseitig genug, daneben nicht das schaffende Kapital zu erschaffen, denn mit ihm würde schließlich auch die Arbeit erstickt werden.

Im Osten des Reichs wird der Kampf zwischen Deutsch und Polnisch mit großer Erbitterung geführt. Gleich weder in Polen, noch in Westpreußen oder Oberschlesien von überwiegender polnischer Bevölkerung gesprochen werden kann, betrachten es die Polen schon als selbstverständlich, daß die Provinzen ihnen gehören. Die großpolnische Hege hat den Siedepunkt erreicht. Der Bevölkerung wird versprochen, sie werden unter der polnischen Herrschaft Land und Vieh erhalten und werden weniger Steuern zu bezahlen haben. Das zieht bei vielen. Aber der polnische Diktator und Deutschfeind Piłsudski mußte dieser Tage den polnischen Bankvertretern erklären, die finanzielle Lage Polens sei trostlos. Die Staatsgelder seien erschöpft, Steuern gehen ungenügend ein und eine innere Anleihe habe keinerlei Aussicht auf Erfolg. Die einzige Hoffnung sei die Entente. Und diese scheint helfen zu wollen, aber mit Wucherzinsen. Wie früher in Rußland, französische und amerikanische Kapitalistengruppen sollen sich nämlich bereit erklärt haben, Polen 600 Millionen Franken zu leihen, wenn dagegen die polnischen Bergwerke und bestimmte Zolleinnahmen verpfändet werden. Mit solchen Hypotheken von Anfang an belastet, würde dem neuen polnischen Staat kein Bestandverdienst freizeichnen sein. Darum haben

die Polen sich möglichst an den deutschen Provinzen, wo die geordnete deutsche Verwaltung Wohlstand geschaffen hat, schadlos zu halten und diese wirtschaftliche Begehrtheit ist mehr noch als der nationale Selbstständigkeitsdrang die Triebfeder zu dem unerhörten Wahlen in deutschem Gebiet. Wie bald aber wäre unser Osten unter polnischer Herrschaft ruiniert und die deutsche Arbeit von anderthalb Jahrhunderten vernichtet! Darum ist es Zeit, daß die Reichsregierung der polnischen Annäherung jetzt endlich den Ernst zeigt.

In Großbritannien haben die Wahlen zum Unterhaus die Regierung Lloyd Georges und seinen Imperialismus neu gestiftet, doch scheint der Sieg nicht ganz so groß gewesen zu sein, wie Reuters anfänglich meldete. Bestimmte Zahlen sind immer noch unbekannt. In Irland ist aber mit der englischen Politik gründlich abgerechnet worden. Die Sinn Feiner, die eingeschworenen Feinde Englands, haben von etwa 80 Unterhausmitgliedern im Wahlkampf mindestens 60 erobert, während vor dem Krieg kein einziges Mitglied dieser Partei im Unterhaus saß. Die sogenannten irischen Nationalisten haben, soweit sie jetzt bekannt ist, nur 10 Abgeordnete durchgeschafft; sie haben den Kredit in Irland durch die Besetzung, die sie Lloyd George im Kriege leisteten, verloren. Statt der verlangten Selbstverwaltung hat man ja dem irischen Volk die Antwort verweigert und die Ermordung seines Führers Roger Casement gerächt. Die irische Frage wird in England noch viel Kopfzerbrechen machen.

## Die Umwälzung im Reich.

### Die Nationalversammlung in Erfurt?

Berlin, 5. Jan. Als Ort der Nationalversammlung soll nach dem „Acht-Uhr-Abendblatt“ Erfurt in Aussicht genommen sein. (Vom 27. September bis 14. Oktober 1908 fand in Erfurt unter dem Vorsitz Napoleons der Erfurter Fürstentag statt, an dem Kaiser Alexander I. von Rußland, die Könige von Bayern, Württemberg, Sachsen und Westfalen, der Fürst-Primas Frhr. v. Dalberg, der einzige geistliche Fürst des Reichs, und viele andere Fürsten teilnahmen. D. Schr.)

### Die indirekten Steuern.

Berlin, 5. Jan. Wie verlautet, handelt es sich bei den neuen indirekten Reichssteuern vor allem um eine schärfere Besteuerung des Tabaks und der Zigaretten, auch der billigeren Sorten. Ferner ist eine Erhöhung der Zundersteuer ins Auge gefaßt. Die Umsatzsteuer soll weiter ausgedehnt und besonders der Luxus (Wohnungen, Möbel, Dienerschaft, Lustbarkeiten, Mitgliedschaft zu Vergnügungsvereinen, Reisen ins Ausland usw.) herangezogen werden. Auch die Stempelsteuer für Grundstücks- umläufe soll erhöht werden. Endlich wird an die Einführung von Reichsmonopolen gedacht, wofür der Handel mit Getreide und Futtermitteln, die Elektrizität, der Tabak und der Verkehr mit gewissen Rohstoffen in Betracht kämen.

### Die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln.

Paris, 5. Jan. (Reuters.) Der Vorsitzende der amerikanischen Lebensmittelkommission, Hoover, sagt in seinem Bericht: Die Untersuchungen in Deutschland haben ergeben, daß die Bevölkerung genug Vorräte hat, um noch einige Zeit auszuhalten; sehr knapp ist dagegen das Fett. Deutschland muß, wenn es Lebensmittel haben will, sie mit eigenen Schiffen holen, außerdem muß es Schiffe zur Rückbeförderung der amerikanischen Truppen stellen. Amerika hat bis jetzt 130.000 Tonnen Nahrungsmittel nach verchiedenen europäischen Häfen gesandt, daneben wurden monatlich 150.000 Tonnen nach Belgien und Nordfrankreich abgegeben.

### Sie gönnen uns kein Brot.

London, 5. Jan. (Reuters.) Die „Times“ veröffentlicht einen Artikel über die Lebensmittelverhältnisse in Norddeutschland, der von einem Mitglied der allierten Marinekommission in den deutschen Gewässern verfaßt wurde und in dem es u. a. heißt: Wenn die Lebensmittelverhältnisse im übrigen Deutschland nicht viel schlechter sind als in Oldenburg, Mecklenburg und Schleswig-Holstein, so brauchen sich die Alliierten um Dänemark wenig zu kümmern.

# Einschränkung der Ausfuhr nach neutralen Ländern.

Berlin, 4. Jan. Von der Räte der zur Ausfuhr aus Deutschland nach Schweden zugelassenen Waren ist auf Anordnung der Entente Kasse gestrichen worden.

## Der Gesandte in Bern.

Berlin, 5. Jan. Der Schriftleiter der soz. „Münchener Post“, Adolf Müller, ist zum deutschen Gesandten in Bern ernannt worden.

## Wirtschaftliche Hörigkeit.

Berlin, 5. Jan. Die „Germania“ (Ztr.) erfährt, England beabsichtige, falls Deutschland seine Finanzen nicht baldigst in Ordnung bringe, die deutsche Finanzverwaltung durch eine Kommission beaufsichtigen zu lassen. Dabei sollen solche Steuer- und Zollmaßregeln getroffen werden, daß das Kapital aus dem Land gezogen werde. Die Banken würden von den englischen Gläubigern gezwungen werden, das zu bauen, was England wünsche.

## Unglaubliche Zustände.

Berlin, 5. Jan. Der „Vorwärts“ erfährt aus sicherer Quelle, daß der derzeitige „Polizeipräsident“ von Berlin, Eichhorn (Unabh. Soz.), der früher bei der bolschewistischen Petersburger Telegrammagentur „Mofa“ tätig war, immer noch Gehalt von der bolschewistischen Regierung beziehe. In den letzten Tagen seien ihm 14 000 Mk. in einem Einschreibebrief zugestellt worden. — Eichhorn ist jetzt seines Amtes enthoben worden.

Berlin, 4. Jan. Die aus der preussischen Regierung ausgeschickten Unabhängigen werden nicht ernstlich werden, da alle Ministerien doppelt (von Reichssozialisten und Unabhängigen) besetzt waren. — Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt dazu: Das preussische Volk freut sich außer über manches andere auch darüber, daß 8 Ministergehälter gespart werden.

Berlin, 5. Jan. Nach dem Austritt der Unabhängigen aus der preuss. Regierung haben auch die Reichssozialisten ihre Ministerien zur Verfügung gestellt. Es dürfte sich indessen nur um eine Formfrage handeln.

## Gegenrevolution in Braunschweig?

Braunschweig, 6. Jan. Der „Frankf. Zeitung“ zufolge ist hier eine gegenrevolutionäre Bewegung entdeckt worden, die unter der Führung von Offizieren und aktiven Feldwebeln die Kasernen stürmen und die Arbeiter- und Soldatenräte absetzen wollte. Die Arbeiter demonstrieren mit ortsbeladenen Waffen auf den Straßen. Die Leiter der Gegenrevolution wurden verhaftet. Zwei Zahlmeister der hier stehenden Truppen sind mit Summen von insgesamt 640 000 Mk. geflohen.

## Kellnerstreik.

Berlin, 6. Jan. Nach mehrtägigen Verhandlungen ist im Kellnerstreik vereinbart worden: Das Trinkgeld wird abgehafft und dagegen feste Besoldung eingeführt. Kellner unter 20 Jahren erhalten 80, die anderen 100 Mk. die Woche. Kost- und Wohnungszwang für das Dienstpersonal wird abgelehnt; für Wohnung und Essen werden gegebenenfalls 40 Prozent der Löhnung abgezogen.

## Die Lage im Osten.

Posen, 4. Jan. Die Vertreter des deutschen Volksrats beschließen in einer Versammlung in Meserich, da die Deutschen nach dem erzwungenen Rücktritt des Oberpräsidenten und des Präsidenten ohne Regierung sind, zum Schutz des Deutschtums in Westpreußen eine eigene Volkswache zu bilden und sich in der Verwaltung an Brandenburg und Schlesien anzugliedern.

Berlin, 4. Jan. Die wiederholten Beratungen des Zentralrats, des Rats der Volksbeauftragten und des Kriegsministers haben zu dem Ergebnis geführt, daß ein Grenzschutz aus Freiwilligen gebildet werden soll.

Berlin, 6. Jan. Das Kriegsministerium ist ermächtigt worden, einzelne mobile Formationen aus Freiwilligen und aus den Jahrgängen 1898 und 1899 für den Schutz des Ostens aufzustellen.

Braunschweig, 5. Jan. Die radikalrevolutionäre Regierung in Braunschweig protestiert gegen die Absicht, Truppen zum Schutz der Ohrengrenze zu verwenden.

Danzig, 4. Jan. Es wird gemeldet, daß die Polen Truppen mit Artillerie sammeln, um gegen Thorn zu marschieren. — Die Polen haben Wilna, die Hauptstadt von Litauen besetzt. Die Verhandlungen zwischen den Litauern und Polen, die Stadt gemeinsam gegen die Bolschewisten zu verteidigen, sind ergebnislos geblieben. Die litauische Regierung hat Wilna verlassen.

## Deutsches Eisenbahnmateriale in Polen.

Köln, 5. Jan. Die „Köln. Volksztg.“ berichtet, nach dem Ausbruch der Revolution am 9. November haben die deutschen Eisenbahner in Polen die Arbeit eingestellt und infolgedessen habe von dem wertvollen Kriegsmateriale nichts mehr in die Heimat zurückbefördert werden können. Außerdem fielen den Polen 5000 Lokomotiven und 130 000 Wagen in die Hände, fast so viel, als Marischall Foch von Deutschland abberlangte 5000 Lokomotiven und 150 000 Wagen).

## Der Ausstand.

Mülheim (Ruhr), 5. Jan. Die Belegschaften der Zechen „Humboldt“, „Weische“ und „Kronprinz“ sind in den Ausstand getreten. Der Streik hat auch auf das linksrheinische Gebiet übergreifen. Die Zechen „Dienstadt“ und „Mowissen“ feiern. Als auf letzterer Zeche die Ausständigen der Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht Folge leisteten, gab die belgische Wachmannschaft Feuer.

Königshütte (Oberschlesien), 4. Jan. Vor dem Gebäude der Berginspektion rottete sich eine Menge zusammen, die Anstalten machte, das Gebäude zu stürmen. Ein junger Burde schoß auf das Wachehaus, worauf die Wachmannschaft mit einem Maschinengewehr feuerte. 17 Personen sind tot, 21 verwundet.

Königshütte, 6. Jan. Am Samstag kam es bei einer Kundgebung von Spartakusleuten wieder zu Zusammenstößen mit den Marburger Jägern. Die Jäger hatten sich im Wachehaus verschanzt und verteidigten sich mit Maschinengewehren. Es gab drei Verletzte, wovon einer in der Nacht starb. Im Verlaufe der Nacht rückten Infanterie und Artillerie, wäterhin auch Duzaren in die Stadt. Die Demonstranten verlangten die Entfernung der Jäger und drohen mit dem Generalsstreik.

Katowice, 5. Jan. Bergat Jolisch ist freiwillig aus dem Leben gegangen. Er hat diesen Schritt in folgendem Schriftstück begründet: „An die obersteinsten Berg- und Hüttenleute! Nachdem wir uns vergeblich bemüht haben, Euch durch Worte zu belehren, habe ich mich entschlossen, es durch eine Tat zu versuchen: Ich will sterben, um Euch zu beweisen, daß die Sorgen, die Ihr über unser beneidetes Dasein verhängt, schlimmer sind als der Tod. Wohlgeachtet also: Ich opfere mein Leben, um Euch darüber zu belehren, daß Ihr Unmögliches fordert. Die Lehre, die ich Euch aus dem Grabe rufe, lautet: Mißhandelt und vertreibt Eure Beamten nicht! Ihr braucht sie und laßt keine anderen, die bereit sind, mit Wahnsinnigen zu arbeiten. Ihr braucht sie, weil Ihr den Betrieb ohne Leiter nicht führen könnt. Fehlen die Leiter, dann erlegt der Betrieb und Ihr müßt verhungern, mit Euch Eure Frauen und Eure Kinder und Hunderttausende ansehender Bürger. Die eindringliche Mahnung, die ich an Euch rufe, ruft Euch zu eifriger Arbeit. Nur wenn Ihr mehr arbeitet als vor dem Krieg und Eure Ansprüche bescheiden werden, könnt Ihr auf Zulage von Lebensmitteln und auf erträgliche Preise rechnen. Da ich für Euch in den Tod gegangen bin, schäme meine Frau und meine lieben Kinder und helfe ihnen, wenn sie durch Eure Lethel in Not geraten.“ Bomiswort, 1. Januar 1919. Jolisch.“

## Eisenbahnerstreik in Danzig.

Danzig, 4. Jan. Die Eisenbahner des Eisenbahndirektionsbezirks traten gestern in den Streik, weil ihre Lohnforderungen (Stundenlohn von 2,40 Mk.) nicht bewilligt worden waren. Man einigte sich, bis zur Ankunft eines Kommissars aus Berlin den Zugverkehr wieder zuzulassen, jedoch bleiben die Arbeiter der Eisenbahnhauptwerkstätten vorläufig im Ausstand. Sollten die Verhandlungen in den nächsten drei Tagen nicht zu einem günstigen Abschluß geführt werden, so wird der Streik fortgesetzt.

## Auslieferung der Zeppeline?

Bern, 4. Jan. Der „Nation“ verlangt die Herausgabe aller Zeppeline in Deutschland im Friedensvertrag. Die neuesten deutschen Zeppeline könnten jetzt 90 Kilometer in der Stunde zurücklegen und für 100 Stunden Brennstoff an Bord führen, also 9000 Kilometer ohne Zwischenlandung zurücklegen, somit bequem von Hamburg nach New York fahren. Die Entente dürfe nicht zulassen, daß Deutschland einen solchen Vorteil habe.

## Das Schicksal der deutschen Großkampfschiffe.

Washington, 5. Jan. (Reuter.) Admiral Rodaba empfahl die Vernichtung aller ausgelieferten deutschen Großkampfschiffe, da sie infolge ihrer abweichenden Bauart für den Verband nicht verwendbar seien und der Umbau zu kostspielig wäre.

## Die bayerische Verfassung.

München, 5. Jan. Der von der Korr. Hofmann veröffentlichte Verfassungsentwurf für Bayern bestimmt: Die Reichsbil Bayern ist Mitglied der Vereinigten Staaten Deutschlands. Die Volksvertretung bildet der aus einer Kammer bestehende Landtag, für den nur bayerische Staatsangehörige vom 20. Lebensjahr ab wählen können. Die Wählbarkeit tritt mit dem 25. Lebensjahre ein. Die oberste vollziehende Gewalt liegt beim Gesamtministerium, das Beschlüsse des Landtags der Volksabstimmung (Referendum) unterbreiten kann. Lehnt die Volksabstimmung einen Landtagsbeschl. ab, so ist der Landtag aufzulösen und das Gesamtministerium hat zurückzutreten. Freiheit der Person, des Glaubens, der Meinung, Kunst u. Wissenschaft und des Eigentums wird gewährleistet; Vermögen kann zum Zweck des allgemeinen Wohls durch Gesetz enteignet werden. Vorrechte der Geburt und des Adels, Titel, soweit sie keine Berufsbezeichnung sind, sowie Adelskommissionen werden aufgehoben. Die Vererbung ist eine aufsteigende. Alle Glaubensgesellschaften sind gleichberechtigt; bestehende Rechte können nur durch Gesetz abgelehnt werden. Das Unterrichtswesen ist eine staatliche Angelegenheit, staatliche Lehrpersonen können zur Erteilung von Religionsunterricht nicht gezwungen werden, dieser ist vielmehr Sache der Glaubensgesellschaften. Zum Eintritt in eine Religionsgesellschaft oder zum Verbleiben in ihr, zur Teilnahme am Kultus usw. kann niemand gezwungen werden. Die Beamten haben volles bürgerliches Recht.

## Wendische Republik.

Dresden, 5. Jan. Der „Dresdener Anzeiger“ meldet, die Wenden beabsichtigen einen Oberlausitzer Freistaat zu gründen.

Berlin, 5. Jan. Marischall Foch teilt mit, daß für die Wahlen zu den Landesvertretungen der deutschen Bundesstaaten, von denen Gebiete durch die Entente besetzt sind, die gleichen Erleichterungen wie für die Wahlen zur Nationalversammlung gelten.

Berlin, 4. Jan. Nach einem Uebereinkommen mit den englischen Vertretern der allgemeinen Waffenstillstandskommission werden aus England 800 schwerverwundete Deutsche über Rotterdam und 400 ebenfalls schwerverwundete kriegsgefangene Deutsche auf dem Wege über die Front nach Köln zurückbefördert. Außerdem wollen die Amerikaner die in ihren Linien zurückgebliebenen Sanitätspersonen über Koblenz nach Deutschland zurückführen.

Berlin, 5. Jan. Nach einer aus Tiflis eingegangenen Meldung vom 25. Dez. sind die letzten deutschen Truppen am 23. Dez. abgereist. Zurückgelassen wurden nur die Kranken, die im deutschen Lazarett versorgt werden. Die deutsche diplomatische Abordnung unter General v. Kress und das Personal der deutschen Konsulate im Kaukasus sind ebenfalls in Tiflis geblieben.

## Die badische Landesversammlung.

Karlsruhe, 6. Jan. Bei den gestrigen Wahlen zur badischen Landesversammlung (zwei Gemeinden stehen noch aus) sind Stimmen abgegeben worden: Zentrum 369 058, Sozialdem. Partei 218 181, Demokratische Par-

tei (einmal Nationalist.) 227 110, Deutsch nationale Partei 70 101, Unabhäng. Soz. 14 550. Gewählt sind 41 Zentrum, 35 Sozialdemokraten, 24 Demokraten, 7 Deutsch-Nationale. Unter den Gewählten befinden sich 9 Frauen, je 4 vom Zentrum und Sozialdemokraten und 1 von den Demokraten. Die Unabhängigen haben keinen Abgeordneten durchgebracht.

## Ausführungen.

Konstanz, 6. Jan. Heute früh zwischen 1 und 2 Uhr kam es hier zu schweren Ausführungen. Eine große Menge von Soldaten und Arbeitern zog lärmend vor das Münster, in dessen Nähe sich der Pfarrhof und das Geschäftsgebäude der „Konstanzer Nachrichten“ befinden. Unter dem Rufe „Nieder mit dem Zentrum!“ wurden Türen und Fenster eingeschlagen und erheblicher Schaden angerichtet, so daß schließlich das Militär alarmiert werden mußte, das die Ruhe ohne Anwendung der Schußwaffe wieder herstellte.

## Neues vom Tage.

### Die Friedenskonferenz.

Bern, 6. Jan. „Domme Libre“ bestätigt die Eröffnung der Friedenskonferenz am 13. Januar.

### Großserbien.

Paris, 6. Jan. (Havas.) „Journal des Debats“ berichtet, die neue Regierung in Belgrad habe den Regierungen der Entente und der Neutralen mitgeteilt, daß das serbische Königreich in ein Vereinigtes Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen umgewandelt wurde.

### Gen.-Kongresskonferenz.

Paris, 5. Jan. (Havas.) Auf Anrege der französischen Gewerkschaften soll eine allgemeine Gewerkschaftskonferenz einberufen werden, zu der auch Deutschland, Oesterreich und Ungarn eingeladen werden.

Rom, 5. Jan. In allen größeren Städten Italiens fanden sozialistische Versammlungen statt, die die sofortige Entlassung des Heeres, Errichtung der soz. Republik und die Diktatur des Proletariats forderten.

## Wählerlisten.

### Landesversammlung.

Sozialdemokratische Partei, insgesamt 150 Namen, davon die ersten 17: Bloß, Wilhelm, Mitglied der prov. Regierung, Degerloch. — Henmann, Berthold, Mitglied der prov. Regierung, Stuttgart. — Lindemann, Dr. Hugo, Mitglied der prov. Regierung, Degerloch. — Kell, Wilhelm, Redakteur Ludwigsburg. — Schrödin, Laura, Hausfrau, Reutlingen. — Klotzbücher, Joh., Lokomotivführer, Stuttgart. — Müller, Jakob, Schreinermeister, Bodelshausen. — Odheing, Friedr., Kaufmann und O.R., Ulm. — Schlegel, Louis, Bildhauer, O.R., Ehlingen. — Feuerstein, Franz, Redakteur, Stuttgart. — Fleig, Matthias, Lagerhalter und O.R., Schwenningen. — Salzmanna, Paul, Professor Dr., Stuttgart. — 3. Jahr, Friedrich, Buchhändler, Stuttgart. — Erubner, Albert, Sergeant der Feldart., Reg. 13, Cannstatt. — Schillerbach, Wilhelm, Mechaniker, Cannstatt. — Pfleger, Albert, Redakteur, Stuttgart. — Reiser, Erwin, Eisenbahnarbeiter, Ehlingen. — Vredler, Fanny, Hausfrau, Stuttgart. — Fischer, Gotlob, Schmied, Cannstatt. — Ulrich, Friedrich, Redakteur Heilbronn. — Sperka, Karl, Handschuhfabrikant und O.R., Stuttgart. — Ernst, Jakob, Schmied, Ehlingen. — Kurz, Jakob, Krankenschwangerhelfer und O.R., Reutlingen. — Egert, Wilhelm, Sekretär, Stuttgart. — Strahen, Hermann, Eisenbahnarbeiter, Cannstatt. — Müller, Emilie, Wirtschafterin, Heilbronn. — Reichel, Georg, zweiter Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart.

Landesbund, 45 Namen, davon die ersten 10: Wilhelm Vogt, Landwirt, Gochsen. — Johann Karris, Landwirt und Schultheiß, Weikersbach. — Wilhelm Strödel, Regierungsrat bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft, Stuttgart. — Friedrich Vogt, Landwirt und Schultheiß, Bittelbrunn. — Karl Berthold, Landwirt, Jagstheim. — Theodor Körner, Geschäftsführer des Bauernbundes, Stuttgart. — Jakob Schmid, Landwirt und Schultheiß, Löffingen O.R., Herrenberg. — Karl Stiefel, Schultheiß und Verwaltungsaktuar a. D., Wolpertshausen. — Jonathan Koch, Dr. Anwalt, Leonberg und Wilhelm Seifried, Landwirt und Schultheiß, Lindorf.

Würt. Wein-Ärnerbund und Kleinlandwirte, 20 Namen, davon die ersten 6: Wilhelm Haag, Weingärtner, Heilbronn. — Heinrich Karges, Schultheiß, Landwirt und Weingärtner, Weikersbach. — Theodor Wolff, Dokteur, Stuttgart. — Albert Rapp, Stadtschultheiß, Reingrotach. — Ernst Hornung, Gutspächter, Kleinbottwar und Laiz, Schrampt, Leheren, Stuttgart.

Bereich der Landwirte Oberschwabens, 8 Namen, darunter: Norbert Schiele, Brauerei- und Obstbesitzer, Wurgach. — Josef Meyer, Landwirt, Niederbiegen und Johannes Böhringer, Landwirt, Untertertingen.

### Deutsche Nationalversammlung.

Auf den Wahlkreis Württemberg-Hohenzollern entfallen 17 Abgeordnete.

Sozialdemokratische Partei (Mehrheitssoz.): Kell, Wilhelm, Ludwigsburg. — Hildbrand, Karl, Berlin. — Salm, Albert, Mechaniker, Wangan bei Stuttgart. — Reingrot, Gottlieb, Arbeitersekretär, Ehlingen. — Schilde, Alexander, Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, Stuttgart. — Stelmayer, Otto, Gewerkschaftsangehöriger, Stuttgart. — Bloß, Anna, Schriftstellerin, Degerloch. — Feuerstein, Franz (Konsumverein), Stuttgart. — Denker, Max, Geschäftsführer, Ulm. — Mattulat, Hermann, Arbeitersekretär, Stuttgart. — Sperka, Karl, Handschuhfabrikant, Stuttgart. — 12. Ruggaber, Karl, Schlosser, Ulm. — Liebig, Hermann, Lokomotivführer, Sigmaringendorf. — Bauer, Albert, Porzellanmaler, Schramberg. — Krüger, Karl, Krankenschwangerhelfer, Hall. — Wosner, Otto, Parteisekretär, Stuttgart. — Frey, Karl, Buchbindermeister, Stuttgart.

Deutsche demokratische Partei: Friedr. v. Pöger-Stuttgart. — Konrad Hartmann-Stuttgart. — Fabrikant Wieland-Ulm. — Handwerkskammerpräsident Hermann-Reutlingen. — Mathilde Blaud-Kornthal. — Dr. Heug-Heilbronn. — Landwirt Herrmann-Blaufelden. — v. Saub-Stuttgart. — Floßnermeister Lorenz-Stuttgart. — Frau Wunk-Döppingen. — Galtmair Gumpfer-Schwendorf. — Landwirt Vaußinger-Stetten i. N. — Gewerkschaftsleiter Barndorf-Ulm. — Ehrenholzkreisler Gohmann-Kornthal. — Hauptlehrer Schwäb-Stuttgart. — Hauptlehrer Budek-Wippingen. — Landtagsabg. Fischer-Stuttgart.

Württemberg. Bürgerpartei: Heinrich Kraut, Rechtsanwalt, Stuttgart. — Wilhelm Vogt, Landwirt, Ökonometrat, Gochsen. — Wilhelm Weibrecht, Professor, Stuttgart. — Friedrich Vogt, Landwirt und Schultheiß, Bittelbrunn. — Frau Johanna Michel-Börcher, Ehlingen. — Georg Kempenau, Kanzleirat, Stuttgart. — Heinrich Albrecht, Wirt, Heilbronn. — Gustav Ströhmfeld, Rechnungsrat, Stuttgart. — Norbert Schiele, Brauereimeister und Obstpächter, Wurgach. — Friedrich Eller, Schreinermeister, Ludwigsburg. — Karl Dietlen, Domspächter, Bauhof-Sigmaringen. — Eugen Schmid, Staatsanwalt, B. ein, zurzeit Stuttgart. — W. L. e. m. Böhmer, O.R., und Mühlendrescher, Leuzell O.R., Gmünd. — Jakob Knapp, Kulturmeister, Reutlingen. — Gotlob Baumgärtner, Fabrikant und Landwirt, Stuttgart. — Jakob Schmid, Landwirt, aller Hirschwirt, Urpring. — Ernst Scheurle, Obermedizinalrat, Stuttgart.



Wer noch keine Wahlkarte erhalten hat reklamieren sollte unter allen Umständen, ob er die Karte eingesehen hat oder nicht durch Postkarte beim Wahlamt.

### Die Wahlliste der Deutschen demokr. Partei zur Nationalversammlung.

Zu der Nationalversammlungswahl hat die Deutsche demokratische Partei eine Liste veröffentlicht, die den württembergischen Volk die Gewähr bietet, daß seine demokratischen und sozialen Gedanken, sein Reichs- und sein Stammesgefühl würdig zur Geltung kommen werden.

Die Liste für Friedrich Bayer, der seit 40 Jahren im politischen Kampf steht, ein Volksmann und ein Staatsmann, dessen politische Festigkeit und Solidität sich mit demokratischer Energie paart. Konrad Hausmann, der Sohn des 18er Republikaners und Staatssekretär der demokratischen Reichsregierung vom Oktober 1918, wird ein Vorkämpfer des schwäbischen Freiheitsgeistes und der demokratischen Ordnung sein. Philipp Wieland ist am Reich so heimisch wie an der Donau. Er hat den weiten Blick der deutschen Industrie und das vollste Verständnis für die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, ein Unternehmervoll Humanität und selbst ein unermüdetlicher Arbeiter. Karl Hermann von A. M. ist in jungen Jahren der Vertrauensmann des Mittelstands und des württ. Handwerks geworden, das seiner Energie, Ausdauer und Bereitschaft schon wichtige Dienste zu danken hat. Mathilde Pland ist die berufene Vertreterin der Frauen in der Nationalversammlung. Hat ihr Vater seine tiefe Weisheit dem Staat, dem Volk und der Volkvertretung gewidmet, so hat seine Tochter, die Herausgeberin seiner Werke, sich für eine andere Frau der Landes in die großen Fragen eingelebt, die jetzt zur Entscheidung stehen. Theodor Heuß, der junge Führer der Heilbronner, der langjährige Chefredakteur der „Neckarzeitung“, des „Wärz“ und der „Deutschen Post“, ist durch seine politischen Vorträge im ganzen Land bekannt, gleich mächtig des Wortes wie der Feder. Hugo Herrmann-Blausen ist einer von jenen Landwirten, die stolz sind, Bauer zu heißen; kundig und beredt in allen Landwirtschaftsfragen ist er zum Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Brennerien berufen worden. Oberbürgermeister Gauß, den Vorsitzenden der staatsrechtlichen Kommission des Landes und den Vertreter der Selbstverwaltung, Stadt und Land durch die Festigkeit und Klarheit seiner Überzeugung. Julius Lorenz, Glaschneidemeister, ist ein verdienstvoller Vertreter des Mittelstands, der ihn in die erste Kammer entsandt hat. Frau Karla Munk-Wüppingen besitzt durch ihr gemeinnütziges Wirken das besondere Vertrauen ihrer Mitbürger und Mitbürgerinnen. Gunter Schorndorf, Alt-Kronenwirt, ist durch seine Reichstagsstätigkeit und das Vertrauen des ganzen Nemstals legitimiert. Aspar Aulinger von Stecken in Hohenzollern ist von seinen Berufsgenossen und Landbesitzern gleich geschätzt und stellt die erste Verbindung der hohenzollernischen und württembergischen Partei dar. Fritz Barnholdt-Ulm ist als Arbeitersekretär den Arbeitern und als Demokrat den Ulmern und dem ganzen Donaufreis bekannt und hat an Sympathie noch gewonnen durch die Abfuhr, die er teulich dem unabhängigen Minister Crispian verabsolgt hat. Eisenbahnsekretär Ernst Wasmann ist ein bekannter Vertreter der Eisenbahner, längst heimisch im politischen Leben. Martha Schieber hat in ihren Vorträgen ihre Eignung zur Vertretung der Frauenangelegenheiten dargelegt. Christof Bubeck-Wüppingen ist auf der Ulmer Alb weithin geachtet als einer jener demokratischen Lehrer, die freigeistlichen Geist für eine Bedingung der Volks- und der Jugendbildung erkannt haben. Landtagsabgeordneter Johannes Fischer hat sich in besonderer Maß mit Schrift und Wort der Vertretung sozialer Gerechtigkeit gewidmet und große Kreise in die geistig-politischen Interessen hereinzuziehen gewußt. Die Werbekraft des deutsch-demokratischen Programms wird durch die Liste der Partei aufs glücklichste ergänzt, denn die Männer und Frauen, welche hier für die deutsche Nationalversammlung vorgeschlagen werden, verkörpern die Gedanken und die Richtung.

#### Zur Eisenbahnverbindung.

Die großen Parteien des Landes, die Deutsche demokratische Partei, die Sozialdemokratie und das Zentrum treten sämtlich selbständig und ohne jede Eisenbahnverbindung in die Wahl ein. Nur die kleinen Parteien, welche sich aus tatsächlichen Gründen auf mehrere Zettel verteilt, ihre Zusammengehörigkeit verhält und künstlich verkleinert haben, suchen auf dem Umweg der Eisenbahnverbindung wieder von dem Ueberhang ihrer Wahlzettel zu profitieren. Die Deutsche demokratische Partei hat mit Recht den Standpunkt eingenommen, weder nach rechts noch nach links zu verbinden, um den Schein zu vermeiden, daß sie einer anderen Partei auch nur den kleinsten Finger geben wollte. Es entspricht dies der politischen Selbstständigkeit, mit welcher sie in die Landesversammlung eintreten will, um dort mit allen staatlich gerichteten und freigeistlichen Parteien das Verfassungswerk schaffen zu können.

#### Württemberg.

(\*) Stuttgart, 5. Jan. (Eberts Antwort.) Auf die Rundgebung der süddeutschen Staaten an die Reichsregierung hat Ebert an den Ministerpräsidenten Bloß geantwortet: Vor der endgültigen Erklärung zu den Beschlüssen der Stuttgarter Konferenz der süddeutschen Regierungen vom 27. und 28. Dez. sind Verhandlungen mit mehreren Reichsämtern erforderlich, die sofort eingeleitet sind. Endgültige Antwort erfolgt baldigst. Wir werden alles tun, um die Mitwirkung der süddeutschen Reichsstaaten an den Reichsgeschäften sicherzustellen und bis zur endgültigen Klärung durch die Nationalversammlung zu gewährleisten.

(\*) Stuttgart, 5. Jan. (Soldatenkundgebung.) Im Saal des Landtheaters vormittag eine

Soldatenversammlung statt, in welcher der frühere Kriegsminister Schreiner (Unabh.) eine Rede hielt. Er richtete scharfe Angriffe gegen die Mehrheitssozialisten und namentlich auch gegen die Soldatenräte. In langem Zuge, mit Trommeln an der Spitze, zogen die Soldaten dann zur Straßenbahndirektion und vor das Rathaus, um hier die Wiedereinführung des früheren billigen Straßenbahntarifs für Soldaten zu verlangen, die auch zugesagt wurde.

Vor dem Kriegsministerium hielt Schreiner eine Ansprache, worin er die sofortige Entlassung aller Jahrgänge, die Bewaffnung der Arbeiter und die Entlassung der Offiziere verlangte. Die Erwiderungsrede des Leiters des Kriegswesens, Fischer, hatte keinen Erfolg, denn die Menge drang in das Gebäude ein, erbrach die Schranke, wo die Modellgewehre aufbewahrt waren, zerbrach diese bzw. nahm sie mit, schlug Türen ein und rief den Offizieren die Achselstücke herunter.

(\*) Stuttgart, 6. Jan. (Gegentundgebung.) Gestern nachmittag veranstaltete die Partei der Mehrheitssozialisten und der vereinigten Gewerkschaften eine gewaltige Gegenkundgebung gegen die kommunistischen Demonstrationen der Unabhängigen und der Spartakusgruppe. Von 9 Sammelpunkten aus zogen viele Tausende in dichten Zügen zum Schlossplatz, wo verschiedene Reden gehalten wurden. Nach dem ausgegebenen Programm galt die Kundgebung dem Eintreten für Demokratie und Sozialismus, Arbeit und Brot, Recht und Freiheit, Einheitsreich und für die sozialistischen Forderungen im Land gegen die radikale Diktatur und den Terrorismus. Die Kundgebung verlief in völliger Ordnung.

(\*) Stuttgart, 4. Jan. (Gegen die Fideikommissionen.) Gestern mittag fand im Gasthof Perle Christof im Beisein verschiedener Regierungsdirektoren unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Bürger-Wöhrlein eine Versammlung von Gemeindevorstehern des Landes statt, die für die Aufhebung der Fideikommissionen und Befreiung der Abels- und Standesvorrechte. Die Versammlung stellte einstimmig folgende Forderungen auf: 1. Aufhebung sämtlicher adeliger und bürgerlicher Fideikommissionen, Abtretung der sämtlichen Staats- und Hofdomänen, sowie der in ähnlicher Weise gebundenen Grundstücke, besonders zum Zweck der Siedlung an die Gemeinde gegen billige Entschädigung; 2. Unentgeltlicher Verzicht auf Fischerei, Weid- und ähnliche Rechte; 3. Aufhebung aller Standesvorrechte. Die freigegebenen Güter und Schlösser sollen nicht in Staats-, sondern in Gemeindegut übergehen. Die Gemeinden hätten zu verpflichten, den neuen Grundbesitzern nicht zu verkaufen, sondern auf gemeinschaftlichem Wege zu bewirtschaften oder den Bauern in Erbpacht zu überlassen.

(\*) Ludwigsburg, 4. Jan. (Wechsel im Garnisonkommando.) Der Vorsitzende des Soldatenrats, Wachtmeister Reiner, hat die Dienstadt des Garnisonältesten niedergelegt. Der vom Generalkommando vorgeschlagene Generalmajor Klein hat nach einstimmiger Wahl durch den Garnisonrat das Amt am 1. Januar angetreten.

(\*) Marbach, 5. Jan. (Schurkenstreich.) In dem Keller des Gasthauses zum Langhans in Weilstein ließen Einbrecher sechs Eimer neuen Wein aus den Fässern laufen. Man vermutet einen Racheakt.

(\*) Badnang, 6. Jan. (Stiftung.) Lederfabrikant Fritz Häuser und Frau Emma geb. Bozenhardt haben der Stadt Badnang zur Kriegshilfe und zu gemeinnützigen Zwecken die reiche Stiftung von 250 000 Mark überwiesen.

### Baden.

(\*) Karlsruhe, 5. Jan. Auf Anordnung des Volksrats wurde im hiesigen Schloß und im früheren Großpalais eine Suche nach Lebensmitteln durchgeführt. Es wurde dabei eine große Menge Wein und etwa 150 Zentner Kartoffeln vorgefunden. Die Kartoffeln wurden dem Kommunalverband zugeführt und die Weine einem Krankenhaus überwiesen.

(\*) Karlsruhe, 5. Jan. Augenblicklich finden zwischen der Regierung und der Freiermittlung Verhandlungen wegen Einfuhrung des Achtstundentags statt. — Die Jagd in der neutralen Zone ist jetzt vollständig verboten worden.

(\*) Mannheim, 5. Jan. Die Brückenperre wurde am Freitag mittag eine Viertelstunde lang aufgehoben, um den Ulmern, die in Ludwigshafen wohnen, und von Mannheim am Neujahrsmorgen nicht mehr zurückkehren konnten, Gelegenheit zu geben, die Brücke zu passieren. — Die französische Garnison in Ludwigshafen ist durch zwei weitere Bataillone und eine Abteilung Artillerie verstärkt worden.

### Wahlergebnis in Baden.

Gewählt sind:  
41 Zentrum  
35 Sozialdemokraten  
24 Demokraten  
7 Dentignationale  
Unabhängige keiner.

Unter den Gewählten befinden sich 9 Frauen, die 4 dem Zentrum und der Sozialdemokratie und 1 der Demokratie angehören.

### Heeresgut ist Reichsgut.

Gib heraus, was dir nicht gehört.

Reiswertungsamt Baden W 8,  
Friedrichstraße 66.

### Frauenversammlung der Bürgerpartei.

Die von der Bürgerpartei Wildbad auf Freitagabend in der Turnhalle einberufene Versammlung war stark besucht. Die Rednerin Frau Dr. Lucas aus Stuttgart beschäftigte sich zuerst mit den Sozialdemokraten, welchen sie vorwarf, daß gerade die Sozialdemokratie es gewesen ist, welche gegen alle in sozialer Hinsicht geschaffene Gesetze, gestimmt haben. Auch die jetzigen Sozialdemokraten wollen die Aufteilung bezw. die Annullierung der Kriegsanleihen und Sparkassen. Auf die Demokratie übergehend, behauptete die Rednerin, daß von derselben in den letzten Tagen Verhandlungen gepflogen worden seien betr. eines Blocks mit der Sozialdemokratie.

Wir wollen führte Frau Dr. Lucas weiter aus, ein einiges Volk sein mit Recht und Ordnung. Wir stellen uns auf den Boden der Republik ohne Zwang, wenn uns die Republik nicht paßt, wollen wir zur Monarchie zurückkehren, wenn der Wille des deutschen Volkes mit übereinstimmt. Den Mittelstand und den Bauernstand schützen wir. Wenn Deutschland seinen Mittelstand verliert, ist es das Sklaventum für den Großkapitalismus.

Der Aufteilung der Krongüter und großen Beizge stimmen wir bei, doch soll dies in Hände von Krieger und Kriegsbeschädigte kommen. Der Beamtenstand soll politisch unabhängig sein. Für die Steuer wollen wir alles tun, besonders arbeiten wir gegen die Steuerhinterziehung ins Ausland. Wir treten ein für Freiheit der Person, für Meinungsäußerung und Pressefreiheit. Wir treten ein für Kirche und Religion. Die Kinder müssen als Christen erzogen werden. Der Religionsunterricht soll ohne Lehrer sein. Die Mitarbeit der Frau muß die Gleichberechtigung der des Mannes bringen. Die persönlichen Schwächen, welche die Frau in der Politik jetzt noch erfährt werden sich verlieren. Um den Kinderfurch nehmen wir uns besonders an, derselbe muß schon im Mutterleibe gepflegt werden, durch Schutz der schwachen Frauen. Die Säuglingsfürsorge muß gepflegt werden. Wir bekämpfen den Mädchenhandel. Gegen die Geschlechtskrankheiten muß besonders vorgegangen werden. Wir fordern die frühe Ehe. Den Alkoholgenuß bekämpfen wir. Wir die wir noch politisch unbelastet sind, wollen das Deutschland helfen aufrichten, damit unsere Kinder später wieder singen können Deutschland, Deutschland über alles.

Herr Rösler als zweiter Redner beschäftigte sich mit der Deutsch demokratischen Partei. Die Namen in dem Wahlvorschlag der Partei hatte er für ehrenwert, wenn nicht die Männer, welche dahinter stehen ausschließlich dem Judentum angehören würden. Das Judentum sei der tonangebende Faktor und die Judenpresse, wie Frankfurter Zeitung Berliner Tageblatt seien diejenige Presse, welche und von jeder vor dem Auslande diskreditiert haben.

Der dritte Redner Herr Lucas bemängelte, an den Ausführungen der Fel. Schill von der demokratischen Versammlung in der Umde, daß nicht die Bürgerpartei es sei, welche das Volk um die Früchte der Revolution bringen wolle, sondern diejenigen müsse man in Berlin suchen. Die von Fel. Schill bezeichnete Gruppe des Kapitalismus als die der Bürgerpartei hob Herr Lucas auf die Juden.

Ein sozialdemokratischer Redner bezeichnete die Bürgerpartei als eine aus Wehrverein Vaterlandspartei und Klotterverein zusammengewürfelten Risikomasch, welche die wahren Kriegsverlängerer gewesen seien.

Zimmermann Schlüter wies die von Frau Lucas gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe zurück und legte der Partei den Namen, zurückführend auf ihren Vorsitzenden Herrn Bazille, Sozialpartei bei.

August Bechtle legte in markanten Worten gegen die von Rösler erhobenen Vorwürfe gegen die Demokratie Protest ein. Er wies an der Hand von Beispielen und Zeitungsnachrichten nach, daß die Alldeutschen gewesen seien, welche unsinnige Forderungen betr. Annexion gestellt haben. Den Konservativen sei der Fall der preuß. Wahlrechtsvorlage gegen den Willen des Kaisers zur Last zu legen. Man könne ein guter Demokrat und gleichzeitig ein guter Christ sein. Vernünftige Forderungen der Sozialdemokratie seien anzuerkennen. Eine auf breiter demokratischer Grundlage aufgebaute Partei unter Mitwirkung aller Volksschichten sei sein Ideal. Hinweg mit allem Kleinlichen Klößengeist. Zusammenschluß nicht Trennung. Ein freies Volk im freien Staat. Mit den Worten die Demokratie ist auf dem Marsch hielten Sie ihr zum Siege schloß Herr Bechtle seine ruhigen Ausführungen, worin ihm die Versammlungsteilnehmer mit wiederholten „Wah!“ ihm Beifall quittierten.

Die auf Sonntag anberaumte Versammlung, der Sozialdemokratie konnte leider nicht stattfinden, da infolge der schlechten Bahnverbindung der Redner nicht kommen konnte. Voraussichtlich findet am Donnerstagabend eine Frauenversammlung statt, wozu die hiesige Zeitung eine Rednerin sich gesichert hat. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Für die, unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Redaktion nur die pressgesetzliche Verantwortung.

Eingefandt. Auf Freitag, 3. Januar hatte die Ortsgruppe Wildbad der württembergischen Bürgerpartei zu ihrer Frauenversammlung eingeladen, der so zahlreiche Folge geleistet wurde, daß die geräumige Turnhalle vollständig besetzt war. Leider hatten sich hintere und auf der Galerie auch Leute eingefunden, die ihre Aufgabe leblich darin erblickten, durch fortwährende Zwischenrufe, wobei sich besonders ein demokratischer Stadtrat hervortat, und durch Pöbelhaftes Gejohle die Redner zu stören.

Es ist zu hoffen, daß dieses ungezogene Benehmen, das so recht deutlich zeigte, was die Herren Demokraten und Sozialdemokraten unter „Freiheit“ verstehen, der Bürgerpartei genügt hat.

Im übrigen fanden die Reden und besonders die ausführliche Belehrung der Frauen durch Frau Dr. Lucas den verdienten Beifall!

W. B. P.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei, in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt hofsch.



## Bekanntmachung.

des Bezirkskommandos.

betr. Entlassungsbescheinigung für Leute, die am 10. Nov. noch zurückgestellt waren, die überhaupt noch nicht eingezogen oder vor dem 10. Nov. 1918 entlassen waren.

1) Unsere Gegner erkennen nach eingegangenen Nachrichten die Einträge über Zurückstellung vom Heeresdienst usw. nicht als Entlassung an und behandeln alle solche Mannschaften als Heeresangehörige. Es muß deshalb auch in ihren Papieren ein Eintrag gemacht werden, daß sie aus dem Heeresdienst entlassen sind, bezw. noch nicht gebient haben.

Es haben daher sämtliche Wehrpflichtigen der Jahrgänge 1869—1900, die am 10. Nov. 1918 noch zurückgestellt waren, die überhaupt noch nicht eingezogen oder vor dem 10. Nov. 1918 aus dem Heeresdienst entlassen waren, ihre Militärpapiere (Militärpaß, Landsturmschein, usw.) beim Schultheißenamt sofort abzugeben, damit der vorchriftsmäßige Entlassungs- bezw. NichtEinstellungs-Bemerk aufgenommen werden kann.

Mannschaften, welche in ihren Papieren die Bemerkung „D. H.“, „D. Krn.“, oder „dauernd kriegsunbrauchbar“, als letzten Musterungsbescheid haben, brauchen ihre Papiere nicht vorzulegen, da dieser Bemerkung genügt.

2) Die Schultheißenämter wollen sofort die Militärpapiere oben genannter Leute gesammelt und unmittelbar an das Meldeamt Neuenbürg einsenden.

Leute, die in Neuenbürg wohnen, geben ihr Militärpapier bei ihrem dortigen Bezirksfeldwebel direkt ab.

3) Bei der ganzen Sache handelt es sich lediglich um eine förmliche Bestätigung der früheren Entlassung, nicht um eine neue Entlassung; Entlassungsanzug sind daher vorerst nicht zuständig. Ueber deren Regelung erfolgt später nähere Bekanntmachung.

Calw, den 12. Dezember 1918.

Bezirkskommando:

Stoll.

Major und Bezirkskommandeur.

Bekannt gemacht.

Die Militärpässe wollen sofort auf dem Rathaus abgegeben werden.

Wildbad, den 17. Dez. 1918.

Stadtschultheißenamt Bäger.

## Bekanntmachung des Kriegsministeriums.

Nr. 18574 R. 18. K. 1.

### Gegen den Verkauf von Heeresgegenständen.

Millionenwerte sind der Allgemeinheit bereits verloren gegangen dadurch, daß Heeresgeräte, Waffen, Bekleidung und Pferde von unberechtigter Seite unter der Hand verkauft wurden.

Alle Kommandobehörden und Arbeiter- und Soldatenräte werden dringend ersucht, diesem unrechtmäßigen Verkauf mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Die unberechtigten Verkäufer und Käufer von Staatseigentum setzen sich schwerster Bestrafung aus.

Alle militärischen und Zivilbehörden werden ersucht, herrenlos verfallenes Heeresgerät zu sammeln und für geordnete Ablieferung an die in Württemberg errichteten Heeresgut-Sammelstellen zu sorgen.

Solche Stellen befinden sich in Wimpfen, Maulbronn, Badgingen, Besigheim, Bietigheim, Marbach, Calw, Weil der Stadt, Böblingen, Neuenbürg, Freudenstadt, Gorb. Tübingen, Rothweil und Tuttingen.

Stuttgart, den 27. Dezember 1918.

Der Leiter des Kriegswesens  
Fischer.

## Futtermittel-Angebot.

Es werden den Bezirks-Gemeinden angeboten:

1. Für Pferde:

Heizenkleie Preis ca. 9. M. 50  $\frac{1}{2}$  pro Str.  
Zuckerrübenschnitzel " " 19. " 50 " " "  
Strohkrassfutter " " 31. " 20 " " "

2. Für Milchvieh und Schweine:

Rapskuchenschrot Preis ca. 15. M. 50  $\frac{1}{2}$  pro Str.  
Sonnenblumenkucherschrot " " 17. " — " " "  
Hinterstaatluchenschrot " " 15. " — " " "

Die Preise verstehen sich ab Neuenbürg.

Anmeldungen auf vorstehende Futtermittel sind binnen 3 Tagen auf dem Meldeamt zu machen.

Wildbad, den 4. Januar 1919.

Stadtschultheißenamt: Bäger.

## Geschäftsempfehlung.

Einer verehrten Einwohnerschaft von Wildbad und Umgebung zur Mitteilung, daß ich das von meinem Schwiegervater Fr. Barth früher geführte Maler- und Lackiergeschäft übernommen habe und empfehle mich in der Ausführung aller in das Fach einschlagender Arbeiten.

Anträge aller Art.

### Decorationsmalereien

Lackieren von Möbel und Wagen

Aufziehen von Tapeten

Schreiben und Glasfirmenschilder

### Robert Schlegel

Decorationsmaler

Wilhelmstraße 168.

Bestand an guten alten Farben und Lacken

## Achtung Soldaten!

Alle Arten Uniformstücke, bez. Einheitsmäntel, Hosen, usw. Militärsteppische werden in allen Farben unter billigster Berechnung bei schnellster Bedienung gefärbt.

Gleichzeitig empfehle ich mich dem geehrten Publikum im Färben von sämtlichen Kleidungsstücken.

Färberei Max Rühlmann,

Freudenstadt-Griphofstal.

Annahmestelle in Wildbad bei Herr August Weideliß Schneidermeister.

Ich beabsichtige mein Haus

## stockweise

zu vermieten und wollen Interessenten sich an mich zu wenden.

Reichhard, Villa Rosa.

Ziehung am 22. Januar.  
Letzte große  
**Schwenninger**  
**Geld-Lotterie**  
Nur Geldgewinne zusammen Mark  
**40000**  
Hauptpreis Mark  
**15000**  
**5000** usw.  
Ziehung am 22. Jan. 1919.  
Los 1 Mark.  
Sehr feines Gewinnloschen  
bietet Glückstaschen mit  
13 Losen für nur 12 Mark.  
Porzellan-Liste 15 Pf. extra. Es haben  
so alle durch Plakate kenntlich  
Verkaufsstellen in dem Generalvertrieb  
**Eberhard Fetzter**  
Stuttgart, Friedrichstr. 56.  
Postcheckkonto 2412.

Kautschuk-  
Stempel  
empfiehlt G. W. Hoff.

**Reiner Tabak**  
Grobchnitt 100 gr., 2 M.  
Feinchnitt 100 gr., 2 25  
bei  
Chr. Schmid u. Sohn.  
Tabakwarengroßhandlung.  
Letzte Woche ist mir beim  
Mischlokal ein gezeichnetes  
(J. G. R.)  
**Wägelchen**  
versehentlich oder absichtlich un-  
getauscht worden.  
Ich erliche den Inhaber das-  
selbe sofort an mich zurückgeben.  
Gnanpp. Katharinenstift.

Eine  
**Wohnung**  
von 3 Zimmer mit Zubehör  
wird per 1. April zu mieten  
gesucht.  
Angebote an die Exped. [208]

Wildbad, den 7. Januar 1919.



## Danksgiving.

Für die vielen Beweise, herzlichster Liebe und Teilnahme, welche wir bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter, Groß- und Schwiegermutter und Tante

### Luisa Volz

geb. Gorkheimer

von allen Seiten erfahren durften, sowie für die Blumenpenden, für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, für den erhebenden Gesang der Herren Lehrer und den Trägern sagen herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Konnewitz, den 7. Dez. 1918.



## Danksgiving.

Für die herzliche Liebe und Teilnahme, welche wir bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters, Groß- und Urgroßvaters, Schwiegervaters, Bruder und Onkel

### Wih Gauß

von allen Seiten erfahren durften, sowie für die Blumenpenden, für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, insbesondere für die trostreichen Worten des Herrn Stadtkorlar sagen herzlichsten Dank.

die trauernden Hinterbliebenen.

## Armband- und Tafeluhren

für Damen und Herren,

### Regulat u.

mit gutem Werk und schönem Schlag auf verschiedene Gänge liefert sofort.

## Uhrenmacher Löffler, Calmbach.

### Der Unterricht in Maschinenschreiben

beginnt am  
Mittwoch, den 8. Jan.  
Der Unterrichtsleiter:  
A. Knecht.

1200 Mk.

wird auf gute 2 Hypothek zu  
leihen gesucht.

Näheres in der Exped. [208]

Gutes

### Summiband

für Stromsfbänder wieder er-  
götterten bei

**Reißig-Besen**  
Wilhelm Rath.

H. Riringer.

# Württembergische Bürgerpartei

## öffentliche Versammlung

## für Männer und Frauen

am Dienstag, 7. Januar abends halb 8 Uhr in der Turnhalle.

Redner: Herr Landrichter Dr. Götz.

Wir laden hierzu alle Männer und Frauen freundlichst ein.

Württembergische Bürgerpartei Wildbad.